

Holger Baumann (Erfurt)

Interkultur ohne Gleichberechtigung? Interkulturelle Orientierung des Russischunterrichts und Globalisierung der westlichen Wertesysteme

Interkulturelle Erziehung findet nicht im luftleeren Raum statt, sondern unter konkreten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Zu diesen Rahmenbedingungen, von denen wir ausgehen müssen, gehört, daß interkulturelle Beziehungen sehr oft, insbesondere auf der zwischenstaatlichen Ebene, nicht von Gleichberechtigung, sondern von Stärke und Dominanz geprägt sind.

Der deutlichste Ausdruck für Stärke und Dominanz als Wesensmerkmale interkultureller Beziehungen ist die Anwendung von Gewalt als politisches Mittel. Unter bestimmten Bedingungen wird Krieg als "letztes Mittel" der Politik angesehen. Eine solche Auffassung kann nur der Stärkere, der Überlegene vertreten. Nur der Mächtige handelt nach dem Motto "Wer nicht hören will, muß fühlen".

Das Motto "Wer nicht hören will, muß fühlen" zeichnet nicht zuletzt die NATO aus. Sie hat im fünfzigsten Jahr ihres Bestehens offiziell den Wandel vom Verteidigungsbündnis zum Interventionsbündnis vollzogen, faktisch war dieser Wandel schon früher vollzogen worden, mit den Kriegen gegen Irak und Jugoslawien.

Der Wandel der NATO vom Verteidigungs- zum Interventionsbündnis wird begleitet von einem veränderten Sicherheitsbegriff. Ging es früher um die Sicherheit des Territoriums, so geht es heute um die Sicherheit von Interessen. In einem Papier des Bundesverteidigungsministeriums heißt es dazu unter der Überschrift "Deutsche Sicherheitsinteressen":

"Unter Zugrundelegung eines weiten Sicherheitsbegriffs können die Sicherheitsinteressen ... wie folgt definiert werden: [...] Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Konflikten jeglicher Art, die die Unversehrtheit und Stabilität Deutschlands beeinträchtigen könnten [...] Förderung und Sicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität - Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen" (Militärpolitische und Militärstrategische Grundlagen und Konzeptionelle Grundrichtung der Neugestaltung der Bundeswehr, 1992; zitiert nach Paech, 107).

Der "erweiterte" Sicherheitsbegriff des Westens wird in der Öffentlichkeit selten so direkt vertreten, er wird zumeist eingekleidet in Begriffe, wie Frieden, Demokratie, Menschenrechte. Frieden, Demokratie und Menschenrechte spielen eine mittelbare Rolle. Sie sind insofern relevant, wie es den Interessen des Westens, z. B. dem Interesse am freien Zugang zu Märkten und Rohstoffquellen in der ganzen Welt, dient. Das Verhältnis von Menschenrechten und Interessen wird von David Tucker, einem leitenden Mitarbeiter im US-

Verteidigungsministerium, wie folgt charakterisiert:

"Generell gibt es nur eine Region in der Welt, wo unsere Sicherheitsinteressen mit der Barbarei zusammenstoßen könnten: Das Gebiet um den Persischen Golf, nördlich bis zum Kaspischen Meer und östlich bis nach Zentralasien. Dies ist eine sehr bedeutende Region (ungefähr von der Größe der USA), die etwa 75 Prozent der Weltölreserven und 33 Prozent der Erdgasreserven beherbergt" (in: Parameters, US War College, Sommer 1998; zitiert nach Gehrcke, 14).

Stärke und Dominanz als Elemente interkultureller Beziehungen kommen auch in der Anwendung ökonomischer Gewalt zum Ausdruck. Das Motto "Wer nicht hören will, muß fühlen" wird nicht allein auf der Ebene militärischer Sanktionen, sondern ebenso auf der ökonomischen Ebene praktiziert. So wie man die NATO als militärisches Instrument der Machtpolitik des Westens betrachten kann, so können die Bretton-Woods-Institutionen, Weltbank und IWF, als ökonomischer Arm des westlichen Imperiums gelten. Die Entwicklungspolitik von Weltbank und IWF versteht sich als Strukturanpassungspolitik. Die "Structural Adjustment Programs" der Weltbank zielen auf "Politikkorrekturen" in den Nehmer-Ländern:

- Nachfragedrosselung und Kürzung der Staatsausgaben (oftmals in den Sozialressorts Bildung und Gesundheit);
- Wechselkurskorrektur (Abwertung der nationalen Währung);
- Abbau von Handelsbeschränkungen und Kontrollen (Liberalisierung der Gütereinfuhr);
- Deregulierung von Märkten und Preisen (oft auch Abschaffung der Preissubventionen für Grundbedarfsartikel);
- Privatisierung von Staatsbetrieben und institutionelle Reformen in der staatlichen Verwaltung (vgl. Tetzlaff, 128).

Bei der Strukturanpassung geht es also um Anpassung an ein kulturelles Muster auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens, wie es im Westen vorherrscht, es geht um Anpassung an das neoliberale Wirtschaftsmodell. Die Anpassung an das westliche Wirtschaftsmodell bleibt nicht folgenlos für die Gestaltung des politischen und rechtlichen Lebens, den Charakter der Sozialbeziehungen und die Mentalität der Menschen, insofern geht es im weitesten Sinne um Anpassung an die westliche Lebensweise.

Unter den Rahmenbedingungen von Stärke und Dominanz läuft interkulturelle Erziehung Gefahr, ökonomisch und machtpolitisch instrumentalisiert zu werden. Die Beschäftigung mit anderen Kulturen erfolgt nicht um ihrer selbst willen, es geht nicht um die Erschließung der ganzen kulturellen Vielfalt der Gattung, Kultur ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Markt- und Machtzweck. Wie verhält sich der Russischunterricht unter diesen Bedingungen? Reproduziert er die Ungleichheit in den interkulturellen Beziehungen oder stellt er ein Gegengewicht zur Tendenz der Hegemonie dar? Meiner Meinung nach sind beide Momente vorhanden und es kommt darauf an, das zweite Moment zu stärken. Zur Stärkung des

Russischunterrichts als Teil einer interkulturellen Erziehung, die auf die Erschließung des ganzen kulturellen Reichtums und der ganzen kulturellen Vielfalt der Gattung gerichtet ist, gehört zunächst einmal die Gleichberechtigung und Gleichstellung der Kulturen im Sprachenangebot der Schule und Hochschule. Selbst wenn das Russische de jure dem Englischen oder Französischen nicht nachsteht (wie das zum Beispiel in Thüringen der Fall ist), so bedeutet dies noch nicht seine faktische Gleichbehandlung. Erst bei einer Akzeptanz kleiner Lernergruppen wäre diese gegeben. Begrüßenswert ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß die Thüringer Verwaltungsvorschrift für das Schuljahr 1999/2000 die Bildung von Lernergruppen für Russisch als erste (zweite) Fremdsprache schon ab 14 (12) und nicht erst ab 20 (15) Schülern zuläßt, nur dürfte auch das noch nicht genügen. Daß hier noch Potenzen vorhanden sind, zeigen die Regelungen für Religion oder Deutsch als Fremdsprache, wo die Mindestzahlen bei 8 bzw. 5 liegen.

Auf der Basis kleiner Lernergruppen würde sich auch der Lehrerbedarf verändern und es käme insofern darauf an, die akademischen Strukturen der Russischlehrerausbildung nicht weiter zu demontieren, sondern diese zu sichern, die Sicherung des wissenschaftlichen Nachwuchses eingeschlossen.

Zur Stärkung der interkulturellen Orientierung des Russischunterrichts als Eigenwert gehört des weiteren die Aufwertung der Landeskunde. Ich denke dabei nicht in erster Linie an quantitative Veränderungen im Unterricht der Schule und Hochschule. Ich möchte vielmehr darauf hinweisen, daß die Landeskunde wissenschaftlich fundiert sein muß. Sicher kann man darüber streiten, ob es notwendig ist, die Landeskunde als eigenständiges akademisches Fach und Berufsgebiet einzurichten. Nicht zu bestreiten ist aber, daß eine Einordnung der Landeskunde als Beiwerk der Sprachpraxis völlig unzureichend ist. Mit Hilfe einer qualitativen (und quantitativen) Aufwertung der Landeskunde wird es auch eher möglich sein, den Russischunterricht vor einer unkritischen, zweckdienlichen Haltung im Dienste von Ökonomie und Machtpolitik zu bewahren und ihn besser zu befähigen, kritischen Abstand zu halten. Es fragt sich eben, ob Rußland "Probleme des Übergangs zur freien Marktwirtschaft" hat (wie es noch in den Vorläufigen Lehrplänen des Thüringer Kultusministeriums für Regelschule und Gymnasium im Fach Russisch, S. 21, hieß) oder ob die entfesselte Marktwirtschaft das Problem selbst ist. Fehlender kritischer Abstand führt objektiv zur Reproduktion der Ungleichheit, wie sie für die gesellschaftlichen Verhältnisse typisch ist. Da kann es dann leicht passieren, daß ein Vertreter der Wirtschaft auf einer Tagung zur studienbegleitenden Fremdsprachenausbildung, ohne Bedenken auszulösen, erklärt, man unterstütze das interkulturelle Anliegen der Tagung gern auch finanziell, weil man in Portugal ja nicht nur produzieren, sondern auch verkaufen möchte. Interkultur für Absatzzwecke? Ebenso kann es dann passieren, daß man in seinem Unterricht und auch außerunterrichtlich kein Wort findet, wenn es um die Frage geht, ob Krieg ein politisches Mittel sein darf. Womöglich kann es sogar sein, daß man selbst der These anhängt, deutscher Krieg heute sei die Sühne für deutschen Krieg gestern.

Ich plädiere hier nicht für den erhobenen Zeigefinger. Ich plädiere in erster Linie für fundierte, kritische Reflexion anhand eigener praktischer Anschauung, für beständige persönliche Kontakte, die es ermöglichen, den Lebensalltag der Menschen in Rußland zu erfassen. Auf diese Weise wird die Ungleichheit erlebbar, werden Bewußtseins- und Willensprozesse ausgelöst, wird Verhalten veränderbar, individuelles und gesellschaftliches Verhalten. Wichtig erschien mir auch, zu prüfen, inwieweit kritische Reflexion durch die Arbeit mit Biographien unterstützt werden kann. Nicht unerwähnt bleiben darf in diesem Zusammenhang das kritische Potential der Kunst.

Interkulturelle Kontakte in diesem Sinne zu fördern, das ist sicher kein einfaches Unterfangen. Auch dürften die Ausgangsbedingungen für einen kritischen Russischunterricht nicht überall gleich sein. Stärke und Dominanz sind ebenso Charakteristika der innerwestlichen Kulturbeziehungen. Meiner Beobachtung nach verläuft die Wahrnehmung der West-Ost-Beziehungen in den dominierenden westlichen Kulturen weniger kritisch als in den dominierten. Die kritische Reflexion der West-Ost-Beziehungen nimmt zu mit dem eigenen Erleben von Ungleichheit. So gesehen, könnte man vielleicht sagen, gestalten sich die mentalen Ausgangsbedingungen für kritischen Russischunterricht in dem Maße günstiger, wie eigene Erfahrungen mit Anpassungs- und Unterordnungszwängen vorliegen.

Literatur

Adamek, S.: Bomben auf Chemiewerke. Umweltschäden nach dem Krieg in Serbien. ARTE, 20.09.1999, 19.00 Uhr (Coprod. ORB und SWR in Zus.arb. mit ARTE)

Blätter für deutsche und internationale Politik (Red.): Maßgebliche Teile des "Rambouillet-Abkommens" in einer Arbeitsübersetzung der Blätter-Redaktion im Wortlaut. Blätter für deutsche und internationale Politik, <http://www.blaetter.de/>, 10.05.99, 23 S.

Bundesverteidigungsministerium: Militärpolitische und Militärstrategische Grundlagen und Konzeptionelle Grundrichtung der Neugestaltung der Bundeswehr, 1992 (zit. nach Paech)

Dahn, D.: In guter Verfassung. Wieviel Kritik braucht die Demokratie? Reinbek bei Hamburg, Rowohlt Taschenbuch Verlag, 1999, S. 56-68 (NATO)

Ditfurth, J.: Balkan - neuer "Hinterhof" der NATO? In: Neues Deutschland, 28. April 1999, S. 5

Eimler, W.-M.: Die Nato marschiert. Das Bündnis nach dem Ende des Kalten Krieges. ARD, 22.04.1999, 23.45 Uhr (Prod. des WDR)

Gehrcke, W.: Auf dem Balkan wird auch um das Öl der Kaspischen Region gekämpft. In: Neues Deutschland, 28. Mai 1999, S. 14

Paech, N.: Militärmacht Deutschland? - Über soziale und militärische Sicherheit. In: Dahn, D., Lattmann, D., Paech, N., Spoo, E. (Hg.): Eigentum verpflichtet. Die Erfurter Erklärung. Heilbronn, Distel Verlag, 1997, S.103-110

Seipel, H.: Chronik eines angekündigten Krieges. ZDF, 21.09.1999, 22.55 Uhr

Tetzlaff, R., in Zus.arb. mit Nord, A.: Weltbank und Währungsfonds - Gestalter der Bretton-Woods-Ära. Opladen, Leske + Budrich, 1996, 270 S.

Thüringer Kultusministerium: Organisation des Schuljahres 1999/2000. Verwaltungsvorschrift vom 29. Januar 1999. In: Amtsblatt des Thüringer Kultusministeriums und des Thüringer Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur Nr. 2/1999, S. 34-56

Thüringer Kultusministerium (Hg.): Lehrplan für das Gymnasium. Russisch. 1999, 55 S.

Thüringer Kultusministerium (Hg.): Lehrplan für die Regelschule und für die Förderschule mit dem Bildungsgang der Regelschule. Russisch. 1999, 40 S.

Thüringer Kultusministerium (Hg.): Vorläufiger Lehrplan für das Gymnasium. Russisch. Juli 1993, 28 S.

Thüringer Kultusministerium (Hg.): Vorläufiger Lehrplan für die Regelschule. Russisch. Juli 1993, 21 S.

Tucker, D. in: Parameters, US War College, Sommer 1998 (zit. nach Gehrcke)